

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Dollar schwächer

(AP) Die Zinssenkungen mehrerer europäischer Zentralbanken haben sich nur als vorübergehende Stütze für den Dollarkurs erwiesen. Die US-Währung wurde am Donnerstag an den europäischen Devisenmärkten zunächst deutlich zurückgestuft, konnte sich im Laufe des Tages jedoch etwas erholen. Die Aktienbörsen entwickelten sich uneinheitlich; Zürich und Frankfurt konnten das Vortagesniveau knapp behaupten.

In Zürich lag der Dollar gegen Handlungsschluss bei ruhigem Geschäft auf 1,3715 Franken. Am Vorabend waren noch 1,3800 Franken notiert worden. Der Tiefstkurs am Vormittag betrug 1,3655 Franken. Die leichte Verbesserung im Tagesverlauf wurde von Händlern auf Äusserungen des deutschen Finanzministers Gerhard Stoltenberg zurückgeführt, wonach in der Bundesrepublik nun doch wachstumsfördernde Programme erwogen würden. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs des US-Dollars am Mittwoch mit 1,6724 Mark notiert und verlor damit gegenüber dem Vortag (1,6830) mehr als einen Pfennig.

Über die Hälfte des Waldes bereits krank

(AP) Im Schweizer Wald sind bereits über die Hälfte aller Bäume krank. Der Anteil der geschädigten Bäume stieg in der Jahresfrist um sechs Prozentpunkte auf 56 Prozent, wie die Auswertung der Sanasilva-Studie ergab. Mehr kranke Nadel- und Laubbäume wurden im Jura, im Mittelland und in den Voralpen beobachtet, während in den Alpen und auf der Alpenseite eine geringe Verbesserung festgestellt wurde.

Familienrechtsreform schreitet voran

Im nächsten Frühjahr soll eine Vorlage an den Landtag gehen

Zur Familienrechtsreform liegt aus dem Justizressort von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ein umfangreicher Grundlagenbericht vor, der sich derzeit noch in Vernehmlassung befindet. Dr. Herbert Wille gab am Pressegespräch vom Dienstag seiner Hoffnung Ausdruck, dass bis Ende Jahr der Regierung ein Bericht über das Vernehmlassungsverfahren vorliege. Der Landtag sollte sich nach seinem zeitlichen Fahrplan im kommenden Frühjahr mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage beschäftigen können.

Der Grundlagenbericht wurde vor einiger Zeit den interessierten Kreisen zur Vernehmlassung unterbreitet. Der Bericht ist eine Folge der Postulatsbeantwortung der Regierung über die Rechtsstellung der Frauen in der liechtensteinischen Gesetzgebung, der zum Schluss gelangte, dass die Gesetzgebung in weiten Bereichen nicht mehr den modernen Anforderungen mit der Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen genüge.

Der von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille vorgelegte Bericht führt einen Rechtsvergleich zwischen der heutigen Gesetzgebung in unserem Land, den geltenden Bestimmungen in der Schweiz sowie dem neuen Gesetz in Österreich an. Nach der Darstellung der gesetzlichen Bestimmungen werden in einem gesonderten Beitrag die Unterschiede

Liechtenstein gibt Vorsitz im Europarat ab

Treffen der Aussenminister der Europaratsstaaten in Strassburg – Luxemburg übernimmt Vorsitz

Heute Donnerstag geht die Präsidentschaft Liechtensteins im Europarat, die turnusgemäß für ein halbes Jahr übernommen wurde, zu Ende. Während sechs Monaten stand unser Land im Ministerkomitee und auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mehr als sonst im Rampenlicht. Mit einer Ausstellung im Europaratsgebäude sowie verschiedenen Empfängen für Minister, Parlamentarier und Diplomaten wurde auf unser Land speziell aufmerksam gemacht. Nun übernimmt nach der Tagung des Ministerkomitees Luxemburg den Vorsitz.

Die Aussenpolitik unseres Landes hat sich nach der behutsamen Öffnung am Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre einerseits auf den Ausbau der Beziehungen zu den Nachbarstaaten Schweiz und vor allem Österreich verlegt, auf der anderen Seite wurden entscheidende Schritte in Richtung Europa, in Richtung vermehrter Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten im Europarat unternommen. Die ersten Kontakte mit dem Europarat standen noch unter dem Eindruck, dass die kleinsten Staaten kaum die gleiche Rolle wie wirtschaftlich starke und bevölkerungsmässig grosse Staaten spielen können. Der Begriff der Mikrostaaten wurde geprägt und nicht nur auf die selbständig gewordenen Inseln im Indischen Ozean angewendet, sondern auch auf Liechtenstein. Wohl deshalb hat sich unser Land vorerst auf eine Beobachterrolle in der Parlamentarischen Versammlung, aus der nach und nach eine stärkere Zusammenarbeit erwuchs, bis vor fast zehn Jahren der Beitritt zum Europarat vollzogen wurde.

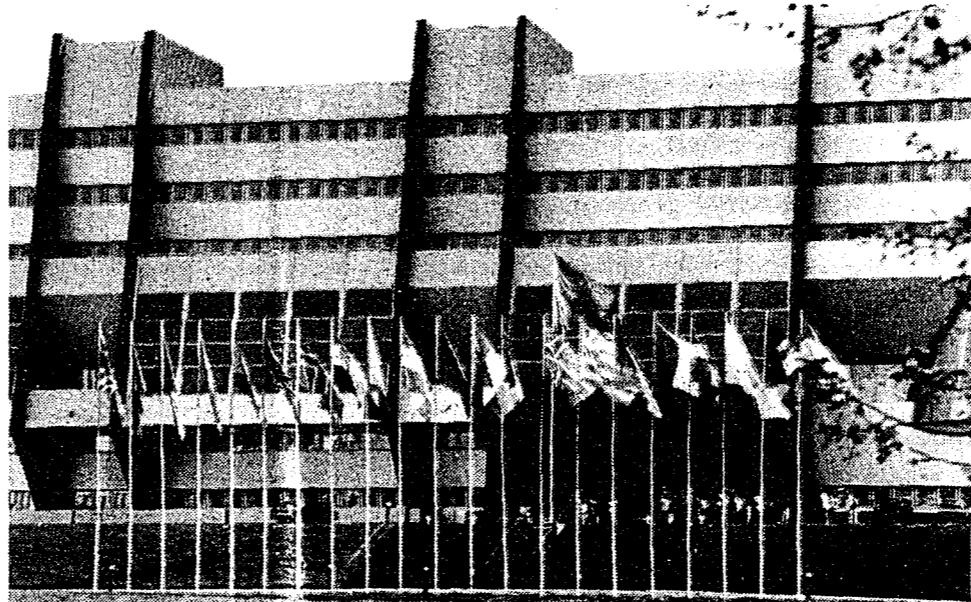
In der Zwischenzeit hat sich das Bild in bezug auf die kleinen Staaten gewandelt. Vor allem die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) trug dazu bei, dass die kleinen und kleinsten Staatsgebilde im europäischen Raum als selbständige und gleichberechtigte Partner anerkannt werden. Von dieser Konstellation profitierte unser Land nicht nur im Bereich der KSZE-Zusammenarbeit, sondern ganz allgemein auch im Rahmen der Zusammenarbeit innerhalb der Staatengemeinschaft des Europarates.

Grosse und wirtschaftliche Stärke spielen zur heute immer noch eine grosse Rolle, doch wird die Stimme der Kleinen

im europäischen Konzert akzeptiert, teilweise sogar gefördert. Gerade die Übernahme der turnusgemässen Präsidentschaft im Ministerkomitee des Europarates gab unserem Land die Gelegenheit, den Beweis für die Möglichkeiten der Kleinststaaten, ihren Beitrag in einem wichtigen Gremium zu leisten, zu erbringen.

In diesem halben Jahr wurde die Messlatte für unser Land in Europa wieder etwas höher gesetzt. Nach der Abgabe der Präsidentschaft bleibt die Verpflichtung, weiter auf diesem Wege voranzugehen. (G.M.)

Siehe weitere Beiträge im Innern der heutigen Ausgabe.



Im Europaratsgebäude in Strassburg (unser Bild) findet heute Donnerstag eine Sitzung des Ministerkomitees des Europarates statt. Liechtenstein gibt heute den Vorsitz im Ministerkomitee an Luxemburg weiter.

Kulturbericht wird ergänzt

Der Kulturbericht, der 1981 erstellt, aber nicht mehr weiter den Entwicklungen angepasst wurde, wird nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ergänzt. Die Vernehmlassung, die derzeit durchgeführt wird, umfasse eine Überarbeitung der früheren Stellungnahmen der kulturellen Institutionen. Ebenso seien die in der Zwischenzeit entstandenen Kultur-Institutionen ebenfalls um eine Stellungnahme ersucht worden. Zudem erging auch an die Gemeinden die Aufforderung, Stellung zum Kulturbericht zu beziehen.

Die Frist für die Vernehmlassung läuft nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille Mitte Januar 1988 ab. Ziel der Vernehmlassung sei es, ein Konzept für die künftige Kulturpolitik des Staates zu erarbeiten. Nach Auffassung von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille wird das Gerippe des früheren Kulturberichtes bestehen bleiben, doch sollen dazu die Grundsätze für die liechtensteinische Kulturpolitik formuliert werden. Im nächsten Jahr wird der Landtag voraussichtlich diesen Grundsatzbericht zur Genehmigung erhalten.

Keine Getto-Situation für Aids-Kranke

Aids-Kranke in unserem Land sollten, so die Auffassung von Regierungsrat Dr. Peter Wolf, nicht in eine Getto-Situation gedrängt werden. Nach seiner Ansicht sollte es möglich sein, die Aids-Kranken (die es möglicherweise in unserem Land geben wird) in den Vertragsspitalen in der Schweiz und in Österreich sowie im Krankenhaus Vaduz unterzubringen. Auch Aids-infizierte Personen sollten als Menschen behandelt, nicht abgeschoben werden.

Allfällige Reaktion aus der verunsicherten Bevölkerung, die eine Ansteckung im Spital, in dem Aids-Kranke hospitalisiert sind, für sich selber befürchten, möchte Regierungsrat Wolf mit einer entsprechenden Aufklärung begegnen. Allerdings konnte er am Pressegespräch vom Dienstag noch nicht genau erklären, wie eine solche Aufklärung konkret aussehen wird.

Energiekonzept liegt bald vor

Das überarbeitete Energiekonzept liegt nach Angaben von Regierungsrat René Ritter bald vor. Die Arbeiten haben sich nach seinen Angaben schwieriger gestaltet als er sich das vorgestellt habe, doch hoffe er auf die Vorlage eines Grobkonzeptes zuhanden der Regierung bis Ende Jahr. Das Energiekonzept nannte er eine Ergänzungsstudie zum bisherigen Energiekonzept, das die Entwicklung der letzten Jahre berücksichtige. Künftig soll nach seinen Angaben das Energiekonzept laufend den neuen Entwicklungen auf dem Energiesektor angepasst werden.

Lastwagen-Parkplätze machen Probleme

Zeichnet sich eine Lösung der LKW-Standplätze mit Revision des Gewerbegesetzes ab?

Grosse Lastwagen, zumeist noch mit Anhänger, verursachen immer wieder Probleme in den Wohnquartieren, wenn sie am Abend oder über das Wochenende dort abgestellt werden. Muss nicht jeder Standplatz über eine Garage oder einen Standplatz verfügen? Diese Frage stand auch am Pressegespräch vom Dienstag im Raum.

Regierungsrat René Ritter bestätigte, dass Probleme mit der Parkierung von Lastwagen, inländischer und ausländischer Herkunft, vorhanden seien. Die ausländischen Lastwagen verursachen Probleme, wenn sie während der Nachtruhe der Chauffeure oder während des Fahrverbotes am Wochenende irgendwo abgestellt werden müssen. In Richtung Österreich hat sich nach seinen Worten die LKW-Abstellspur sehr gut bewährt, während in der umgekehrten Fahrtrichtung noch keine analoge Abstellmöglichkeit besteht. Die Regierung suche in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen und den Gemeinden jedoch nach Lösungen, das heisst nach einem geeigneten Standort für einen LKW-Parkplatz.

Der Fall der inländischen Lastwagen sieht etwas anders aus. Zwar werden den Lastwagenhalter entsprechende Auflagen mit der Erteilung der Gewerbekonzession gemacht, wenn das Geschäft jedoch expandiert, sind plötzlich zu wenig Garagen oder Abstellplätze vorhanden. Regierungsrat René Ritter sieht die Lösung dieses Problems mit der Revision des Gewerbegesetzes. Allerdings sind bisher erst verschiedene Lösungsvarianten diskutiert worden, eine eigentliche Lösung der Frage steht noch aus.

Nach den Ausführungen von Regierungsrat Ritter könnte die Abgabe von LKW-Schildern mit der Auflage verbunden werden, entsprechende Garagen oder Abstellplätze nachweisen zu müssen. In der Zwischenzeit, bis sich eine gesetzliche Regelung des Problems abzeichnet, sollen verschärfte Kontrollen dafür sorgen, dass die Wohngebiete nicht zu stark durch den Lastwagenverkehr tangiert werden. Die Gemeinden besitzen die notwendigen Kompetenzen, um von sich aus für Ordnung zu sorgen, erklärte Regierungschef Hans Brunhart.

Drogenumschlag nicht benannt

Aspekte des Persönlichkeitsrechtes verhindern, dass die Namen derjenigen Lokale, in denen nach polizeilichen Ermittlungen Drogen gehandelt, gebraucht oder in Umlauf gebracht werden, eine öffentliche Nennung erfahren. Diese Auskunft gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch auf die Frage, warum keine Namensnennung im Sinne einer Warnung für Eltern und Kinder erfolge. Er machte gleichzeitig auch darauf aufmerksam, dass in der Regel zuerst polizeiliche Ermittlungen gemacht würden und erst dann Anklage erhoben würde. Im Stadium der Ermittlungen sei es nicht üblich, dass die Namen der Gaststätten oder Lokalen genannt würden.

Ausländisches Echo für Null-Tarif

Interesse im Ausland für Förderung des öffentlichen Verkehrs

Die Versuchsphase für die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel findet im Ausland offenbar mehr Resonanz als im Inland. Das Echo aus dem Ausland auf Pressemeldungen sei, wie Regierungsrat Wilfried Büchel am Pressegespräch erklärte, ungeahnt gross. Die Fremdenverkehrszentrale habe nach seinen Erkundigungen in verschiedenen Sprachen entsprechende Mitteilungen verbreitet, die auf ein positives Echo gestossen seien. Sogar aus Hawaii sei bereits ein Schreiben angekommen.

Auch erhalte er als zuständiger Regierungsvertreter laufend Anfragen, in welchem Umfang und mit welchen Kosten die Nulltarif-Phase durchgeführt werde. Das Ausland sei offenbar gespannt, wie

sich die Nulltarif-Phase entwickle, welche Resultate sie bringe. Regierungschef Brunhart konnte diese Neugier des Auslandes anhand von Besprechungen im Europarat in Strassburg bestätigen.

Im Inland allerdings, so Regierungsrat Wilfried Büchel, seien die Leute offenbar skeptischer. Persönlich könne er nur die Empfehlung geben, vermehrt das öffentliche Verkehrsmittel zu benützen, um die Vorteile geniessen zu können.

Die Erhebungen zur Erfassung der Fahrgewohnheiten der liechtensteinischen Bevölkerung sind bereits angelauten. Sie werden, wie Regierungsrat Büchel erklärte, Anschluss über die Gewohnheiten und Wünsche der Postauto-Benützer geben.

Die ideale Verbindung: Brillanten und Perlen
Tausende Zuchtperlen und Hunderte Gold-Schmessen

DIAMANT-HAUS
Vaduz, Herrengasse 27, Tel.: 075/2 90 90
(Telefondienst rund um die Uhr)

Thony office
11 9494 Schaan
Bahnhofstrasse 10
Tel. 075 2 44 22